

# Atomwaffen für die Bundeswehr?

Vor 50 Jahren, am 12. April 1957, veröffentlichten die Göttinger Achtzehn ihre Erklärung gegen die Atombewaffnungspolitik der Adenauer-Strauß-Regierung

Elisabeth Kraus

Als „Notschrei“ der Wissenschaftler und als „Flucht an die Öffentlichkeit“ deuteten die Medien und die Opposition die Göttinger Erklärung. Die Bundesregierung verstand sie als öffentliches Misstrauensvotum der Physiker und sah sich zur Klarstellung genötigt. Was wussten die Achtzehn, die seit Ende der vierziger Jahre in verschiedenen Funktionen mit der Bundesregierung zusammenarbeiteten, über die deutschen Atombewaffnungspläne und was wollten sie mit ihrer öffentlichen Erklärung erreichen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Arbeiten zur angewandten Kernphysik in Deutschland durch alliierte Gesetzgebung verboten.<sup>1)</sup> Am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen verfolgten Werner Heisenberg und Karl Wirtz die Weiterentwicklung der friedlichen Atomtechnik im Ausland. Die deutschen Reaktorarbeiten sollten an die in der Kriegszeit gewonnenen Erfahrungen anknüpfen können. Als Präsident des Deutschen Forschungsrates setzte sich Heisenberg seit Ende der vierziger Jahre für die Erleichterung der Forschungskontrollen auf dem Gebiet der Atomphysik und Kerntechnik ein.

Der Forschungsrat richtete im Jahr 1951 die „Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen kernphysikalische, chemische und biologische Angriffe“ ein und plante die „Kernphysikalische Kommission“, die ab Februar 1952 als „Senatskommission für Atomphysik“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft die bundesdeutschen Arbeiten zur Atomphysik und Kerntechnik beriet und koordinierte. Beiden Kommissionen gehörten die meisten der späteren Unterzeichner der Göttinger Erklärung an.



Otto Hahn, Walther Gerlach und Carl Friedrich von Weizsäcker (v. l.) auf dem Weg ins Bundeskanzleramt. Am 17. April 1957 empfing Bundeskanzler Adenauer eine fünfköpfige Delegation der Göttinger Achtzehn zum Gespräch.

Im Rahmen der Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gelang es Heisenberg, Wirtz und Wolfgang Gentner, die Erlaubnis zum Bau eines Kernreaktors zu erwirken. Die Vorbereitungen dazu kamen jedoch durch den Widerstand der französischen Nationalversammlung gegen den Vertrag im Sommer 1954 ins Stocken, sodass erst nach Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 der Startschuss für die kerntechnischen Arbeiten in der Bundesrepublik fiel. Heisenberg plante die erste deutsche Reaktorstation als großes nationales Atomenergiezentrum nach britischem und amerikanischem Vorbild, unter seiner Leitung und in Verbindung mit dem MPI für Physik, in München. Bundeskanzler Konrad Adenauer hingegen wählte Karlsruhe als Standort. Bis in den Sommer 1956 hinein versuchte Heisenberg vergeblich, diese Entscheidung rückgängig zu machen.<sup>2)</sup>

Im Oktober 1955 richtete die Bundesregierung das „Bundesministerium für Atomfragen“ ein. Zum Minister wurde Franz Josef Strauß ernannt, der sich seit Beginn der fünfziger Jahre seine politische Qualifikation auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erworben hatte. Strauß übernahm den Vorsitz der am 26. Januar 1956 gebildeten „Deutschen Atomkommission“. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Otto Hahn wurde einer seiner drei Stellvertreter. Heisenberg und Otto Haxel vertraten die Atomwissenschaftler in der Kommission, in der die Senatskommission für Atomphysik der DFG im Sommer 1956 als „Arbeitskreis Kernphysik“ aufging. Atomminister Strauß berief den Leiter der theoretischen Abteilung des MPI für Physik und Freund Heisenbergs, Carl Friedrich von Weizsäcker, in den Arbeitskreis. Weizsäcker hatte seine Aufnahme in den Arbeitskreis Kernphysik betrieben, um sich über „etwaige

1) E. Kraus, Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung, Königshausen & Neumann, Würzburg 2001; zur Atompolitik und Reaktorentwicklung im Nachkriegsdeutschland, S.43–46, 131–140

2) vgl. W. Heisenberg, Der Teil und das Ganze, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 9. Aufl. (1985), S. 257–258

Dr. Elisabeth Kraus  
M. A., Kelttenstraße  
27, 60437 Frankfurt  
am Main

militärische Absichten mit der Atomenergie sofort informieren zu können“.<sup>3)</sup>

Am 13. Juli 1956 wurde der Radford-Plan bekannt, der eine drastische Reduzierung der US-Streitkräfte, insbesondere in Europa, und eine Konzentration auf die abschreckende Wirkung der thermonuklearen Waffen vorsah.<sup>4)</sup> Dies leitete in der Bundesrepublik die Diskussion über die Atombewaffnung der Bundeswehr ein. Bundeskanzler Adenauer hatte im Rahmen der Pariser Verträge auf die Herstellung von ABC-Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik verzichtet und setzte sich nun für die Aufstellung eines konventionell bewaffneten 500 000 Mann starken Bundesheeres ein. Während er sich im August 1956 „eindeutig ... gegen eine Umrüstung zugunsten der Atomwaffen“<sup>5)</sup> aussprach, war Atomminister Strauß schon im Mai des Jahres für eine deutsche Qualitätsarmee eingetreten. Er befürwortete eine mit taktischen Atom-

waffen und atomaren Trägerwaffen ausgerüstete 350 000 Mann starke Bundeswehr.

## Große und kleine Atomwaffen

Als Strauß im Oktober 1956 Verteidigungsminister wurde, sah sich Adenauer gezwungen, die Nuklearisierung der NATO und damit der Bundeswehr zu akzeptieren. Um sein Eintreten für eine weltweite atomare Abrüstung nicht als Widerspruch zu seiner Forderung nach taktischen Atomwaffen für die Bundeswehr erscheinen zu lassen, begann er, zwischen den strategischen, durch Interkontinentalbomber transportierten Kernwaffen als den „großen“ und den taktischen Gefechtsfeldwaffen als den „kleinen“ Atomwaffen zu unterscheiden. Wie Strauß forderte auch er nun öffentlich taktische Atomwaffen für die Bundeswehr.

In abendlichen Gesprächen beim Wein, insbesondere nach den

Sitzungen des Arbeitskreises Kernphysik, hatte Strauß den Physikern gegenüber erkennen lassen, dass er für die Bundesrepublik nationale Atomwaffen wollte. Die Ernennung von Strauß zum Verteidigungsminister bestärkte Heisenberg, Hahn und Wirtz in ihrer Besorgnis, dass bei dem in Karlsruhe zu errichtenden Zentrum für friedliche Atomtechnik auch schon an waffentechnische Entwicklungen gedacht werde. Heinz Maier-Leibnitz hegte ähnliche Befürchtungen für sein Münchner Institut. Haxel vermutete, dass Strauß die Zusammenarbeit mit den Franzosen anstrebte, um dadurch in den Besitz von Atomwaffen zu kommen und vielleicht sogar insgeheim eine gemeinsame Atomwaffenproduktion mit Frankreich plante.

Mit Wissen und Billigung Heisenbergs und Hahns brachte Weizsäcker im Herbst 1956 die Atombewaffnung der Bundeswehr im Arbeitskreis Kernphysik zur Sprache. Die Physiker waren be-

## DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG VOM 12. APRIL 1957

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. *Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben.* Als „taktisch“ bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein“ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen“ Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. *Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt.* Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern

wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

*Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz*

3) C. F. v. Weizsäcker, Der bedrohte Friede, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 2. Aufl. (1984), S. 192

4) Zur internationalen und bundesdeutschen Atomrüstungspolitik vgl. E. Kraus, S. 47–51

5) K. Adenauer, Bulletin, 21. August 1956, S. 1491

unruhigt und argwöhnten, dass im Zuge der Atombewaffnung auch Atomwaffen hergestellt werden sollten. Keiner von ihnen wollte Atombomben bauen. Sie alle hatten die NS-Zeit durchlebt und in den dreißiger und vierziger Jahren auf dem Gebiet der Radioaktivität und Kernphysik gearbeitet. So wenig wie für Hitler im Zweiten Weltkrieg wollten sie nun für die Bundesrepublik Atombomben bauen. Sie hielten Atombomben nicht für Waffen, sondern für Massenvernichtungsmittel, die es zu ächten und abzuschaffen galt. Der Schock von Hiroshima wirkte weiter: Nie wieder! Um nicht in die Zwangslage zu kommen, für die Bundesrepublik Atomwaffen herstellen zu sollen, und später, wenn sie sich weigerten, als Vaterlandsverräter dazustehen, wollten sie Verteidigungsminister Strauß ihre Ablehnung der Atombewaffnung der Bundeswehr und ihre Weigerung, daran in irgendeiner Weise mitzuarbeiten, sofort mitteilen.

Während der dritten Sitzung des Arbeitskreises Kernphysik in Göttingen verfassten die Physiker am 19. November 1956 einen Brief an Strauß und Atomminister Siegfried Balke.<sup>6)</sup> Sie schrieben, sie hätten den Verzicht der Bundesregierung auf Atomwaffen für endgültig gehalten. Als Fachleute der Atomforschung und als Lehrer junger Atomphysiker und Kerntechniker hielten sie sich für berechtigt, den Ministern ihre Auffassungen zur Atombewaffnung

### *Zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt.*

C. F. von Weizsäcker

darzulegen. Überdies wüssten sie, was Atomwaffen sind, und könnten vielleicht am ehesten einschätzen, was sie noch werden könnten.

In der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen sähen sie den „falschen Weg“ ..., „eine Gefahr für Deutschland und einen Nutzen für niemanden“. Die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Gebiet würden im Ernstfall feindliche Angriffe auf die Bundesrepublik geradezu provozie-



Werner Heisenberg, Otto Haxel, Otto Hahn (v. l.) und Franz Josef Strauß am 26. Januar 1956 in der konstituierenden Sitzung der Deutschen Atomkommission in Bonn.

ren und im Frieden, im Osten wie im Westen, Mißtrauen gegen die Bundesrepublik erzeugen. Auch sogenannte taktische Atomwaffen, in großer Zahl eingesetzt, überträfen die Bomben von Hiroshima und Nagasaki an zerstörender Wirkung. Deutschlands Sicherheit könne, wenn überhaupt, nur in einem ausdrücklichen und freiwilligen Verzicht auf Atomwaffen liegen. Sie verhehlten den Ministern nicht, dass keiner von ihnen bereit wäre, an einer Atomwaffenproduktion mitzuarbeiten. Wie bisher möchten sie aber in voller Loyalität mit der Bundesregierung bei der friedlichen Atomforschung und Kerntechnik mitwirken. Sie erbäten eine verbindliche Zusicherung, dass ihre Befürchtungen grundlos seien. Wenn die jetzige oder eine spätere Bundesregierung die Anschaffung oder Herstellung von Atomwaffen beabsichtige, würden sie in der Öffentlichkeit nicht schweigen können.

Auf Anregung Heisenbergs kam es am 29. Januar 1957 zu einem Gespräch zwischen Strauß und den Kernphysikern. Nachdem Strauß die Physiker heftig beschimpft und mit dem Landesverratsparagrafen gedroht hatte, teilte er ihnen mit, dass auch die Bundesregierung eine Atomrüstung unter nationaler Souveränität ablehne. Sie halte aber eine große atomare Aufrüstung der

europäischen NATO für notwendig und für eine sichere Garantie des Friedens und der Freiheit. Amerika werde sich eines Tages aus Europa zurückziehen und dann bedürfe Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, einer der russischen gleichwertigen Atomstreitkraft. „Zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt“<sup>7)</sup>, verließen die Physiker den Minister.

Die Klarstellungen des Verteidigungsministers führten unter den Kernphysikern zu Meinungsverschiedenheiten darüber, was nun weiter zu tun sei. Hans Kopfermann, Gentner, Haxel und Maier-Leibnitz vertraten die Ansicht, sie hätten mit ihrem Brief genug getan, man solle auf dieser Linie bleiben und sich nicht weiter öffentlich äußern. Sie wollten sich nicht in politische Probleme einmischen, deren Tragweite sie nicht überschauen könnten. Weizsäcker, Hahn und Heisenberg hingegen hätten gerne eine öffentliche Erklärung abgegeben. Wilhelm Walcher fühlte sich unbehaglich: „Herr Strauß hat seinerzeit doch versucht, uns einfach zu überfahren. Die Bedächtigkeit des Wissenschaftlers war der Brutalität des Politikers nicht gewachsen.“<sup>8)</sup> Er meinte, jetzt einfach die Hände in den Schoß legen hieße, sich einem gewissen Nützlichkeitsstandpunkt unterordnen.

6) Zum Brief an die Minister und das Gespräch im Verteidigungsministerium vgl. E. Kraus, S. 51–52; 187–199

7) C. F. v. Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 7. Aufl. (1986), S. 23

8) Brief von W. Walcher an C. F. v. Weizsäcker, 20. Februar 1957, Privatarchiv Walcher

- 9) Zur Veröffentlichung der Erklärung vgl. E. Kraus, S. 199–205
- 10) K. Adenauer, FAZ, 13. April 1957, S. 1
- 11) F. J. Strauß, FAZ, 15. April 1957, S. 3

Kurze Zeit später erhielten die Physiker die Gelegenheit, eine Erklärung zur Atombewaffnungspolitik der Bundesregierung zu veröffentlichen. Am 5. April 1957 äußerte Bundeskanzler Adenauer vor der Presse, taktische Atomwaffen seien lediglich eine Weiterentwicklung der Artillerie. Auch die Bundeswehr müsse mit diesen beinahe normalen Waffen ausgerüstet werden. Auf diese Äußerungen reagierte der Münchner Physiker und Vorsitzende des „Verbands Deutscher Physikalischer Gesellschaften“ Walther Gerlach mit einem heftigen Zornesausbruch. Weizsäcker, der mit Gerlach zusammen am 6. April in Detmold an einer Auswahlsetzung der Studienstiftung teilnahm, vermutete, dass die Kollegen des Arbeitskreises Kernphysik genauso reagieren würden. Er behielt recht. Adenauers Bagatellisierung der Atomwaffen, sein volksverdummendes Wort führte zu einem Sturm der Entrüstung unter den Kernphysikern. Die einen schüttelten den Kopf über Adenauers Unkenntnis der radioaktiven Auswirkungen der Atomwaffen, die anderen unterstellten ihm eine bewusste Täuschung der deutschen Bevölkerung. Als Physiker fühlten sie sich zur Aufklärung der Politiker und der Bevölkerung verpflichtet und zur öffentlichen Richtigstellung genötigt.

Weizsäcker und Gerlach kamen in Detmold überein, gemeinsam mit Heisenberg, Hahn und Max Born eine öffentliche Erklärung abzugeben. Weizsäcker entwarf in Absprache mit Heisenberg den Text.<sup>9)</sup> Auf den ersten „informierenden Teil über die Wirkung strategischer und taktischer Atomwaffen“, der gegen die „Verharmlosung der Atomwaffen“ gerichtet war, ließ er den zweiten „politischen Teil“ folgen, der im Wesentlichen die Ansichten des Arbeitskreises Kernphysik zur bundesdeutschen Atombewaffnung wiedergab. Die politische Stellungnahme gipfelte in den Sätzen: „Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.“

Hahn ließ die Erklärung am Morgen des 12. April telefonisch an die dpa und die FAZ übermitteln. Schon am Nachmittag hatte Adenauer die dpa-Meldung in Händen. Sofort bezog er Stellung. Er bezeichnete sich als „verantwortlicher

Leiter der Politik“ und verwies auf seine Richtlinienkompetenz. Zum Inhalt erklärte er: „Wenn die Wissenschaftler die Absicht hätten, sich für eine allgemein kontrollierte atomare Abrüstung in der ganzen Welt und in allen Ländern einzusetzen, dann entspreche das durchaus den Absichten und Intensionen der Bundesregierung. ... Wenn die Wissenschaftler sagten, ein kleines Land wie die Bundesrepublik schütze sich am besten durch einen ausdrücklichen Verzicht auf den Besitz atomarer Waffen, dann habe das nichts mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun. Das sei eine Erklärung rein außenpolitischer und militärischer Natur.“ Abschließend versicherte er, „daß die Bundesregierung und die Koalition alles tun würden, um das deutsche Volk, für das sie verantwortlich seien, vor den Folgen eines Atomkrieges zu schützen.“<sup>10)</sup>

### Vorwürfe und Klarstellungen

Die Erklärung erschien am 13. April zusammen mit der Stellungnahme des Bundeskanzlers auf den Titelseiten der deutschen Tageszeitungen. Sie war sofort ein Politikum. Die Stellungnahme von Verteidigungsminister Strauß am 15. April unterstrich ihre politische Bedeutung. Strauß nannte den „ohne vorherige Fühlungnahme mit der Bundesregierung“ erfolgten Appell „ein leichtfertiges Experiment.“<sup>11)</sup> Die Wissenschaftler verfügten „nicht über eine ausreichende Kenntnis der politischen und militärischen Zusammenhänge. Insbesondere seien sie nicht verantwortlich für die Sicherheit Deutschlands und für den Schutz Europas gegen einen sowjetischen Überfall“. Er versicherte, dass die Bundesregierung keinerlei Maßnahmen getroffen habe, die „Produktion von Atomwaffen oder von Teilen dieser Waffen in Deutschland vorzubereiten“.

Die Atomwissenschaftler waren über den öffentlichen Wirbel, den ihre Erklärung hervorrief, verblüfft.<sup>12)</sup> Dass sie damit in die parteipolitische Kontroverse zwi-

## Mit Kommuniqué läßt sich trefflich streiten

Zwei Versionen über die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Atomforschern am 17. April

Das Kommuniqué über Konferenzen durchsicht nicht immer getreue Stimmungsabbildungen, ist eine Tatsache, die allgemein bekannt, aber in Einzelheiten schwer zu beweisen ist. Auch über die Konferenz des Bundeskanzlers mit den fünf Atomforschern vor 17. April wurde in den Medien berichtet. Nach den Besprechungen im Palais Schaumburg fand im Bundesrat eine Pressekonferenz statt, an der wieder der Kanzler noch die Professoren nahmen. An die Öffentlichkeit gelangte zunächst in gedruckter Form die Ankündigung des Regierungssprechers, Bundespräsident Felix v. Scharnstedt, Schwarz auf weiß heißt, dass es eine Aussprache zwischen Prof. Gerlach

die technische Seite und die technischen Möglichkeiten des Schutzes der Zivilbevölkerung ausgedehnt hätte, wäre das eine Besprechung über die von mehreren Taten geworden. Ich darf Ihnen sagen, daß diese, ebenso wie alle anderen, nicht worden ist und daß ich darüber nichts zu sagen habe. Prof. Gerlach: Ich streift. Die Schlußfolgerung ist, daß die schließliche Mitteilung auch unterzeichnet ist. Ich bei Keating über einen „atomaren“ von den „atomaren“ im Hinblick auf die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

### Geschwörender Appell der deutschen Atomforscher

Keine Atomwaffen in der Bundesrepublik / Entschiedene Ablehnung einer Mitarbeit  
EIGENER BERICHT DER FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG  
F. A. Z. Frankfurt, 12. April. Die führenden deutschen Atomwissenschaftler haben uns am Freitagvormittag telefonisch eine Erklärung übermittelt. Darin beschreiben sie die lebensausrottende Wirkung jeder Art von Atomwaffen und empfehlen der Bundesrepublik, auf den Besitz dieser Waffen zu verzichten. Sie seien nicht bereit, an ihrer Herstellung, Erprobung oder ihrem Einsatz teilzunehmen. Der Bundeskanzler beauftragte, daß die Wissenschaftler nicht zuvor mit ihm gesprochen hätten. Er versicherte, daß alles für den Schutz der Bevölkerung getan werde.

Die Erklärung der deutschen Atomforscher ist folgendes Wortlaut: „Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von uns haben den zuständigen Bundesminister ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt.“

### Adenauer: Alles für den Schutz der Bevölkerung

Schw. Bonn, 12. April. Die Äußerung der deutschen Atomphysiker zur Wirkung der Atomwaffen hat die Bundesregierung offensichtlich sehr verstimmt. Der Bundeskanzler gab bereits am Nachmittag bei der Eröffnung der Politischen Akademie der Christlich-DEMOCRATISCHEN UNION in Kölnholz bei Bonn eine Stellungnahme ab, in der er einleitend bemerkte, daß die Wissenschaftler nicht mit ihm gesprochen hätten, ehe sie ihre Erklärung abgaben. Bei der Bedeutung der Angelegenheit, so sagte der Kanzler, wäre es gut gewesen, wenn sie mit ihm als dem verantwort-

### ATOMENSATZ

Ein Divisionskommandeur der Bundeswehr hat sich während der Nato-Übung „Schwarzer Löwe“, bei der die Abwehr eines sowjetischen Großangriffs auf Europa theoretisch durchgespielt wurde (SPIEGEL Nr. 13/1957), geweigert, amerikanische Atombomben anzuordern, weil ihr Einsatz schwere Verluste unter der deutschen Zivilbevölkerung verursacht hätte. Ein Oberst der Bundeswehr protestierte schriftlich dagegen, daß sein Kommandierender General mehrere bereits eingekesselte sowjetische Divisionen unnotigerweise durch einen Atomschlag vernichtete, nur weil man nach Erklärung des Kampfauftrags noch einige solcher Bomben auf Lager hatte.

### ATOMWARNUNG

Die Achtzehn  
„Daß der Schritt so viel Aufregung geweckt hat, legt oben keinen Beweis für die Empfindlichkeit der Gewissen ab.“  
Georg Gottfried Gervinus, einer der „Göttinger Sieben“ von 1832.  
Göttingen ist berühmt als Stadt der aufrechten Hochschullehrer, die vor Fürsten- und Kanzlerthronen Männerstolz bewiesen. Die „Göttinger Sieben“ des Jahres 1837 gingen lieber ihrer Arbeit verlustig oder gar in die Verbannung, als daß sie die verfassungsaufhebende Willkür ihres hannoverschen Souveräns schweigend hinnähmen.  
Die koalitionsarithmetisch erklärte Berufung des dreißigjährigen Göttinger Skandalhelden Leonard Schlä-



schen der Bundesregierung und der Opposition geraten waren, hatten sie nicht erwartet. Ihre Absicht war es gewesen, die deutsche Öffentlichkeit über die Gefahren der taktischen und strategischen Atomwaffen aufzuklären und die Bundesregierung von ihrer gefährlichen Atombewaffnungspolitik abzubringen. Weizsäcker, Walcher und Gerlach meinten klarstellen zu müssen, dass sie von der Bundesregierung nicht zur Herstellung von Atomwaffen aufgefordert worden seien. Ihre Mitarbeitsverweigerung hätten sie mit Blick auf mögliche künftige Entwicklungen ausgesprochen.

Angesichts der heftigen Vorwürfe der Bundesregierung sahen sich die Physiker genötigt, ihre atompolitischen Ansichten zu erläutern und zu verteidigen. Die atomare Ausrüstung kleiner Staaten wie der Bundesrepublik würde die Gefährlichkeit der politischen Lage vergrößern und die Spannungen erhöhen. Die Verbreitung der Atomwaffen auf immer mehr Länder würde eine große Gefahr darstellen, da durch sie ein Atomkrieg wahrscheinlicher werde. Als sachkundige Staatsbürger hätten sie ihrer Verpflichtung zur Aufklärung der Öffentlichkeit nachkommen müssen. Sie seien über gewisse politische Tendenzen unterrichtet gewesen. Sie hätten in einer politischen Notlage gehandelt.

Aus der Sorge heraus, dass die Atombewaffnung den Bundestagswahlkampf beherrschen könnte, war Adenauer darum bemüht, den Konflikt mit den Atomwissenschaftlern so rasch wie möglich beizulegen. Auf seine Veranlassung fand am 17. April eine Besprechung zwischen der Bundesregierung und einer fünfköpfigen Delegation der Atomwissenschaftler statt. Das Ergebnis war ein Kommuniqué<sup>12)</sup>, in dem sich der Bundeskanzler und die Wissenschaftler gemeinsam für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung aussprachen. Die Bundesregierung stellte klar, dass sie „nach wie vor keine eigenen Atomwaffen produzieren wird und ... demgemäß keine Veranlassung hat, an die deutschen Atomwissenschaftler wegen einer Beteiligung an der



Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. Januar 1956 vor den ersten Freiwilligen der Bundeswehr in Andernach.

Entwicklung nuklearer Waffen heranzutreten“. Die Wissenschaftler erklärten, „daß es nicht ihr Hauptziel war, nur die Bundesrepublik aus einem allgemeinen Verhängnis herauszuhalten“. Mit der Veröffentlichung des Kommuniqués war die in den Medien und von der Opposition vielbeschworene Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den Atomwissenschaftlern beigelegt.

Auf einer Geheimkonferenz im Bundeskanzleramt stimmte die Bundesregierung Anfang Mai 1957 dem amerikanischen Vorschlag zu, die NATO-Staaten mit atomaren Waffenträgern, die allerdings unter amerikanischer Kontrolle verbleiben sollten, auszurüsten. Die atomare Ausbildung der Bundeswehrverbände begann im Frühjahr 1958. Kurzstreckenraketen, die nur mit nuklearen Sprengkörpern bestückbar waren, gehörten im Frühsommer 1963 zur Ausstattung der Bundeswehr. Verteidigungsminister Strauß hatte für die Bundesrepublik Deutschland als nicht-nuklearer Natostaat die „nukleare Teilhabe“ erreicht. Die mehr als 100 amerikanischen Atomsprengköpfe, die heute noch in Rheinland-Pfalz lagern, können im Kriegsfall von den deutschen Streitkräften eingesetzt werden.

Die „Göttinger Achtzehn“ waren mit dem Ergebnis ihrer Erklärung zufrieden. Die Bundesregierung hatte öffentlich versichert, keine Atomwaffen herstellen zu wollen.

Die kernphysikalischen Institute und die Kernforschungszentren der Bundesrepublik waren damit vor der Gefahr geschützt, an der Herstellung von Atomwaffen mitarbeiten zu sollen.<sup>14)</sup> Das direkte politische Ziel der Erklärung, in der Bundesrepublik eine Atmosphäre zu schaffen, „in der eine nationale Atomrüstung nicht ernstlich ins Auge gefaßt werden konnte“,<sup>15)</sup> war erreicht. Im Zwei-plus-vier-Vertrag sollte Bundeskanzler Helmut Kohl am 12. September 1990 erneut und nun für die beiden deutschen Staaten auf die Herstellung und den Besitz von ABC-Waffen und auf die Verfügungsgewalt über diese Waffen verzichten. Was die „Göttinger Achtzehn“ politisch mit ihrer Erklärung angestrebt hatten, ist bis heute Wirklichkeit: Deutschland ist keine Atommacht.

12) Zu den Reaktionen der Göttinger Achtzehn vgl. E. Kraus, S. 54–56

13) vgl. Bulletin, 18. April 1957, S. 650

14) vgl. K. Wirtz, Im Umkreis der Physik, Kernforschungszentrum Karlsruhe (1988), S. 149

15) C. F. v. Weizsäcker, Der bedrohte Friede, S. 194

## DIE AUTORIN

Elisabeth Kraus hat in Gießen, Paris und Tübingen Geistes- und Sozialwissenschaften studiert. Zwischen 1989 und 1992 führte sie Gespräche mit den damals noch lebenden Unterzeichnern der Göttinger Erklärung. Sie erforschte die Nachlässe, Privatarchive und Aktenbestände der Göttinger Achtzehn und promovierte 2001 zum Dr. rer. soc. in Tübingen mit dem Thema „Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung“. Heute arbeitet sie als Bildungsreferentin für Naturwissenschaft, Technik, Ethik in Frankfurt am Main.

